

Beantwortung der Wahlprüfsteine von der Regionalgruppe „Aufstehen-Potsdam“ Mai 2019

Kreisverband DIE LINKE. Potsdam

1. In allen Stadt- und Ortsteilen müssen Kinderbetreuungsplätze entsprechend des Bedarfes vorgehalten oder geschaffen werden. Eltern muss eine Auswahl gemäß pädagogischem Konzept, Öffnungszeiten und/oder Nähe zum Wohn- oder Arbeitsort möglich sein. Längere Fahrtwege oder gar fehlende Betreuungskapazitäten darf es nicht geben. DIE LINKE setzt sich für die Gründung eines kommunalen Kita-Eigenbetriebes und den Wiedereinstieg in kommunale Kitas in allen Stadtteilen ein. Diese sollen das bestehende Angebot der freien Träger ergänzen und damit eine Steuerungsfähigkeit wiederherstellen. Wichtig wäre eine gemeinsame Ausbildungsinitiative aller Träger, hier müsste die Stadt unterstützend eingreifen und Angebote schaffen bzw. erweitern. Mit kommunalen Kitas könnte die Stadt auch sofort wieder selbst ausbilden und hätte außerdem auch Einfluss auf eine gerechte Bezahlung der Erzieher*innen.

2. DIE LINKE möchte den Zugang zu Kultur, ÖPNV und Bildung grundsätzlich kostenfrei gestalten. Das ist auf kommunaler Eben nicht an allen Stellen möglich. Aber dort, wo wir handeln können, tun wir es.

In der kommenden Wahlperiode wollen wir die Einführung einer entgeltfreien Nutzung des ÖPNV, in einem ersten Schritt zunächst für Menschen unter 18 Jahren, für Menschen in Ausbildung, Rente und erschwerten Lebenssituationen durchsetzen. Des Weiteren fordern wir die Wiedereinführung der 6-Haltestellen-Gültigkeit auf der Kurzstrecke, die Einführung attraktiverer, preislich günstigerer Ticketmodelle (z. B. Kombi-Tickets, Wertkarten, Jobtickets etc). Wir drängen die Stadt dazu, sich aktiv gegenüber der Landes- und Bundesregierung für einen generellen Null-Tarif im ÖPNV zu bemühen.

Kulturelle und Bildungsangebote sind ein maßgeblicher Faktor für Lebensqualität. Umso entscheidender ist, dass der Zugang für alle Potsdamer*innen möglich ist. Deshalb will DIE LINKE Projekte wie "Kultür" aus städtischen Mitteln unterstützen und in städtischen Kultur- und Bildungseinrichtungen sozial gestaffelte Preismodelle umsetzen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Dauerausstellung des Potsdam Museums kostenfrei zugänglich ist. Wir machen uns dafür stark, dass das Angebot der Volkshochschule in hoher Qualität erhalten und für alle Einkommensgruppen zugänglich bleibt.

Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht und Voraussetzung dafür, dass sich Menschen selbstbestimmt entwickeln und erfolgreich an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse teilhaben können. Bildung gehört in die öffentliche Hand. Sie muss Chancengleichheit gewährleisten, Auslese verhindern und demokratische Gestaltung ermöglichen. Wir machen uns weiterhin dafür stark, dass das Angebot eines kostenlosen Frühstücks ohne Nachweis der Bedürftigkeit und mit sozialpädagogischer Begleitung zügig auf alle Potsdamer Grundschulen ausgeweitet wird. Weiterhin sollen finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche nicht nur in den Grundschulen, sondern in allen Schulen und Kitas ein kostenfreies Mittagessen erhalten. Auch soll Potsdam unserer Meinung nach Schulanfänger*innen aus Familien mit geringem Einkommen mit einem Zuschuss zur Finanzierung der Erstausrüstung unterstützen.

3. DIE LINKE will ein solidarisches, gerechtes und barrierefreies Gesundheitssystem, in dem die Versorgung der Patient*innen im Mittelpunkt steht. Wir wollen das Klinikum "Ernst von Bergmann" (EvB) bedarfs- und nicht gewinnorientiert ausrichten und fordern bis 2020 die Rückkehr in den kommunalen Arbeitgeberverband und die Tarifbindung.

Den Personalmangel im Pflegebereich in Potsdam werden wir mit folgenden Maßnahmen auch weiterhin konsequent bekämpfen:

- ✓ Erweiterung der Gesundheitsakademie am EvB um zusätzliche Ausbildungsplätze,
- ✓ Einführung eines Jobtickets für den ÖPNV,
- ✓ Erweiterung des Betreuungsangebots der Betriebskita des EvB und eine 24-Stunden-Betreuung,
- ✓ flexible Arbeitszeitmodelle für Eltern, die ihnen die Wahlfreiheit zwischen Arbeit und Kinderbetreuung ermöglichen,
- ✓ kostenfreie Weiterbildung der Pflegekräfte ohne Eigenbeteiligung.

Wir wollen ein bedarfsdeckendes, am Gemeinwohl orientiertes und bezahlbares Pflegeangebot für alle Potsdamer*innen sicherstellen. Insbesondere setzt sich DIE LINKE ein für:

- ✓ den weiteren personellen Ausbau des Potsdamer Pflegestützpunktes sowie die Schaffung dezentraler Beratungsangebote in den Stadt- und Ortsteilen.
- ✓ die Errichtung kommunaler Pflegeeinrichtungen im ambulanten und stationären Bereich in Trägerschaft der "EvB Care GmbH" als Ergänzung zum Angebot anderer Anbieter.
- ✓ keine weitere Auslagerung von Tätigkeitsbereichen in Tochtergesellschaften des Gesamtkonzerns "Ernst von Bergmann".
- ✓ die schrittweise Rückführung bereits ausgelagerter Tätigkeitsbereiche des EvB in die Muttergesellschaft.
- ✓ die Aushandlung eines Gesamttarifvertrages für den Klinikkonzern und seine Töchter.

Wir setzen uns für eine Stärkung der Interessen und des Einflusses der Beschäftigten in der Leitung des Konzerns ein. Langfristig streben wir den Umbau des Klinikums in eine kommunale und bedarfsorientierte Mitarbeiter*innengesellschaft an. Zur Umsetzung dieser Zielstellung soll die Stadtpolitik Gespräche mit dem Gesellschafter und dem Betriebsrat aufnehmen.

4. Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) wird die Eingliederungshilfe von einer überwiegend einrichtungszentrierten Leistung zu einer personenzentrierten Leistung neu ausgerichtet. Dies stellt aus unserer Sicht einen Fortschritt dar. Das BTHG tritt in verschiedenen Stufen in Kraft. Der Kern, nämlich die reformierte Eingliederungshilfe tritt zum 1. Januar 2020 in Kraft. Zum 01.01.2018 sind jedoch schon neue Regelungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Kraft getreten (Budget zur Arbeit).

Die Verteilung ggf. entstehender Mehrkosten ist derzeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen nicht abschließend geregelt. Hier sollten kontinuierlich Verhandlungen mit dem Land geführt werden, die durch eine transparente und nachvollziehbare Haushaltsaufstellung belegt werden und auch belastbare Zukunftsszenarien beinhalten. Es ist davon auszugehen, dass durch das gesetzlich vorgeschriebene Teilhabe- und Gesamtplanverfahren erhebliche zusätzliche Personalressourcen in der Sozialverwaltung nötig sind. Hier gibt es die Anregung durch eine landesweite Arbeitsgruppe, die Personalbemessung/Zeitbemessung pro Leistungsfall zu identifizieren.

Ideen zur Umsetzungsgestaltung

Die qualifizierte Umsetzung des BTHG benötigt eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Leistungsträgern, Leistungserbringern und den zuständigen Landesbehörden. In Bezug auf das Budget für Arbeit sollten die Leistungserbringer für psychisch kranke und behinderte Menschen neue bedarfsgerechte Angebote schaffen.

Auf kommunaler Ebene wollen wir eine gute Zusammenarbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen als wesentliches Gremium für die Menschen mit Behinderung umsetzen. Der Landesbehindertenbeirat wird – im Sinne des Grundsatzes „Nichts über uns ohne uns“ – bereits kontinuierlich über die Umsetzung des BTHG informiert und einbezogen. Dieses Verfahren sollte auch in Potsdam üblich sein.

Die Stärkung von Kompetenzen und Ressourcen der Menschen mit Behinderung benötigt flexiblere und passgenaue Unterstützungsformen und auch die Öffnung sozialräumlicher Angebote für Menschen mit Behinderungen. Insofern werden wir uns dafür einsetzen, die kommunale Sozialplanung mit dem BTHG zu verknüpfen.

5. Für DIE LINKE ist Wohnen ein Grundrecht. Wir sehen die Kommune in der Pflicht, die Erfüllung dieses Grundrechts für alle Bürger*innen zu gewährleisten. Das wollen wir erreichen, indem wir die gemeinwohlorientierten Akteure der Wohnungswirtschaft, die Pro Potsdam, Genossenschaften und Baugemeinschaften, stärken, so dass sie ihre Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge wirksam erfüllen können, und indem die Marktmacht der renditeorientierten Wohnungskonzerne wie Deutsche Wohnen und vonovia eingegrenzt wird. Des Weiteren wollen wir eine nachhaltige und sozial gerechte Boden- und Liegenschaftspolitik betreiben und die Spekulation mit Grund und Boden eindämmen.

6. Die Verfügung über Grund und Boden ist die wichtigste Voraussetzung für eine gemeinwohlorientierte und nachhaltige Stadtentwicklung. Flächen im städtischen Eigentum sollen deshalb gehalten und sukzessive erweitert werden, um Flächen für den Wohnungsbau und soziale Infrastruktur zu sichern. Wir fordern eine aktive, am Gemeinwohl orientierte Bodenpolitik. Deren wesentliche Elemente sind:

- ✓ eine strategische und langfristig ausgerichtete Bodenvorratspolitik zur Sicherung künftiger Entwicklungsoptionen,
- ✓ eine Fortführung und finanzielle Aufstockung des Fonds für Flächenankauf im Investitionshaushalt der Landeshauptstadt,
- ✓ der Zwischenerwerb von Grundstücken mit anschließender Konzeptvergabe zur Durchsetzung gemeinwohlorientierter Zielstellungen,
- ✓ die Vergabe kommunaler Flächen vornehmlich in Erbbaupacht mit vertraglicher Regelung zu Nutzungsart und Erträgen,
- ✓ die Festsetzung von Fertigstellungsverpflichtungen mit Fristsetzungen bei der Erteilung von Baugenehmigungen, um die Spekulation mit Boden zu begrenzen.

7. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass keine städtischen Mittel in den Wiederaufbau der Garnisonkirche fließen. Gemeinsam mit Akteuren der Zivilgesellschaft und dem Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ werden wir dafür sorgen, dass Potsdam und auch der Ort der Garnisonkirche ein tolerantes, buntes, weltoffenes, demokratisches und solidarisches Fleckchen Erde bleibt, auf dem Militarismus und Faschismus keinen Platz finden.

8. Abrüstung und Frieden sind politischer Markenkern der LINKEN. Unsere Überzeugung ist, dass Deutschland in Europa und in der Welt nicht zuletzt wegen seiner Verantwortung für zwei Weltkriege eine besondere Aufgabe bei der Friedens- und Abrüstungspolitik zukommt. Diese Rolle füllt die Bundesrepublik spätestens seit 1999 nicht aus. Statt sich nachhaltig um Abrüstung, Frieden und Nichteinmischung zu kümmern, ist die Bundesrepublik als Mitglied der NATO weltweit in militärische Konflikte verwickelt, deren angebliche humanitäre Orientierung häufig sehr zweifelhaft ist.

Deutschland ist somit kein maßgeblicher Akteur für Frieden und Abrüstung, sondern aktiv in imperialistisch motivierte militärische Konflikte verwickelt. Die LINKE fordert konsequent einen Austritt Deutschlands aus der NATO.

Selbstverständlich muss das außenpolitische Agieren der Bundesrepublik von demokratischen, humanistischen und freiheitlichen Werten geprägt sein.

Die Potsdamer Konferenz als letztes Treffen der sogenannten "Großen Drei" bzw. der "Anti-Hitler-Koalition" war ein Beispiel, wie sich Vertreter von Staaten mit grundsätzlich gegensätzlichen Vorstellungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft trotz vorhandener Widersprüche friedlich und auf Augenhöhe begegnen können, um zu gemeinsamen Vereinbarungen zu gelangen. Insofern ist eine angemessene Würdigung genau dieses Aspekts zum 75-jährigen Jubiläum geboten. Dafür wird sich die LINKE in der kommenden Wahlperiode in Potsdam einsetzen. Schließlich leben wir in Zeiten, in denen die Konfrontation unterschiedlicher politischer Systeme wieder wächst und aggressiver wird.

Auch wenn Mitteleuropa nach dem 2. Weltkrieg eine relativ lange friedliche Periode erlebt, für die das Potsdamer Abkommen eine wesentliche Grundlage bildet, müssen wir dennoch daran erinnern, dass der Kalte Krieg militärische Konflikte, Stellvertreterkriege und Hunderttausende Tote überall auf der Welt zu verantworten hat.